

# Höhere Medikamentenpreise für mehr Versorgungssicherheit

Die Viruskrise verschärft Lieferengpässe. Politiker fordern, die Abhängigkeit von China zu senken. Der Bundesrat will nun Aspekte der Versorgungssicherheit in die Preisbildung für Generika einbauen.

Holger Alich

Publiziert heute um 11:36 Uhr

🔄 Aktualisiert vor 6 Stunden



Um die Versorgung von wichtigen Standardmedikamenten zu sichern, könnte der Bund den Herstellern in Zukunft eine höhere Vergütung zusprechen.  
(Keystone/Christian Beutler)

Durch die Corona-Krise verschärft sich die Knappheit bei wichtigen Medikamenten: «Die Verkäufe einiger lebenswichtiger Medikamente haben in den letzten Tagen exponentiell zugenommen», erklärt eine Sprecherin des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung, «Da schon vor der Corona-Krise bei diversen Produkten, vor allem Antibiotika und Impfstoffen, Lieferengpässe bestanden haben, konnten und können nicht alle Pflichtlager kurzfristig wieder aufgefüllt werden.»

## **Forderungen aus Bern, Berlin und Washington**

«Die Schweiz muss zusammen mit Europa und den Pharmaunternehmen abklären, wie die Produktion von Wirkstoffen wieder nach Europa geholt werden kann, um die Abhängigkeit von China zu verringern», fordert die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Das Thema treibt Politiker in der ganzen Welt um: der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn zum Beispiel fordert ebenfalls, die Abhängigkeit in der Medikamentenversorgung von China zu lockern. Und die US-Regierung erwägt, die Pharmafirmen über eine Verordnung dazu zu bewegen, mehr in den USA zu fertigen.

Die Rückverlagerung ist leicht gefordert, die Umsetzung dagegen ist schwer. Und billig wird das Ganze nicht. Denn: «Die Abhängigkeit von China ist die Folge des jahrelangen Preisdrucks auf Generika-Produkte», sagt ein ranghoher Industrievertreter. In Europa sei bei Ausschreibungen der Anschaffung von Generika oft der Preis das einzige Auswahlkriterium. Entsprechend sei die Produktion dahin gegangen, wo es am günstigsten ist.

## **Rückverlagerung kostet Geld**

In der Schweiz legt das Bundesamt für Gesundheit die Preise für Generika fest. Referenzpunkt ist dabei der Preis des Originalpräparats. Je grösser das Marktvolumen des Originals ist, desto höher fällt der Preisabschlag für das Generikum aus, der in der höchsten Stufe 70 Prozent betragen kann. Dennoch sind in der Schweiz Generika im Schnitt doppelt so teuer wie im europäischen Ausland.

Die Industrie ist für die Wünsche der Politik offen. Doch klar ist: Wenn Firmen ihre Lieferbeziehungen verbreitern oder die Fertigung von nicht patentgeschützten Mitteln nach Europa zurückholen sollen, dann wird das etwas kosten. «In der Landwirtschaft zahlt die Schweiz den Preis dafür, unabhängig vom Ausland zu sein», entgegnet Axel Müller, Geschäftsführer des Branchenverbandes Intergenerika, «Wir sollten auch bei wichtigen Medikamenten uns von Asien emanzipieren, etwa bei der Herstellung von Antibiotika, Blutdrucksenkern oder Paracetamol.»

Vertretern von Krankenkassen schwant nichts Gutes: «Die Debatte um die Rückkehr der Produktion von Standardmedikamenten wird von der Industrie teils missbraucht, um noch höhere Preisforderungen zu stellen, obwohl die Generikapreise in der Schweiz im Vergleich zum Ausland bereits massiv überhöht sind», sagt Guido Klaus, Leiter Ökonomie & Politik bei der Helsana.

## Ein Kompromiss zeichnet sich ab

Um die Medikamentenkosten zu drücken, soll in der Schweiz ein sogenanntes Referenzpreissystem eingeführt werden. Das Bundesamt für Gesundheit soll festlegen, wie viel die Versicherer maximal für patentabgelaufene Arzneimittel und Generika mit demselben Wirkstoff bezahlen müssen. Wird ein teureres Arzneimittel abgegeben, muss der Versicherte die Differenz zahlen. Die Branche sieht die Gefahr, dass damit der Preisdruck noch grösser wird.

Helsana-Experte Klaus kann sich vorstellen, dass in das neue System «zusätzliche Auflagen in punkto Versorgungssicherheit» eingeführt werden. Sprich, ein Anbieter müsste nicht nur einen guten Preis bieten, sondern auch eine vorab festgelegte Liefersicherheit garantieren.

Hier zeichnet sich ein Konsens mit der Industrie ab: «In den Beschaffungssystemen müssen Faktoren wie Qualität und Liefersicherheit zukünftig eine grössere Rolle gegenüber dem Preis allein bekommen», sagt Christian Pawlu, Strategiefachmann des Generika-Riesen Sandoz, Tochter des Novartis-Konzerns.

Den Beteiligten ist dabei klar, dass hier die Schweiz allein die Industrie nicht zum Umdenken bewegen kann. «Wir brauchen hier eine europäische Abstimmung», sagt Intergenerika-Chef Müller. Auch Gesundheitspolitikerin Humbel spricht sich für ein «gemeinsames Vorgehen» in Europa aus.

## Umbau des Preissystems geplant

In der Schweiz tut sich bereits etwas: So will der Bundesrat das neue Referenzpreissystem so gestalten, dass die Regierung die Möglichkeit bekommt, auch Elemente der Versorgungssicherheit zu integrieren. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Interpellation des CVP-Nationalrats Nicolo Paganini hervor.

Sprich: Für einen Wirkstoff könnte dann ein kleinerer Preisabstand festgelegt werden, wenn die Versorgung mit einem Wirkstoff aufgrund des üblichen Preisabschlags gefährdet ist, erklärt das Bundesamt für Gesundheit. Doch wie definiert werden soll, wann ein Preis die Versorgung gefährden könnte, ist noch unklar. CVP-Nationalrätin Humbel plädiert dafür, «erst Aspekte der Versorgungssicherheit zu diskutieren, bevor wir das Referenzpreissystem umsetzen».

Das Thema hätte in der Frühjahrsession debattiert werden sollen. Doch die wurde bekanntlich wegen der Corona-Krise frühzeitig abgebrochen.